

# Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i> . . . . .	XIII
<i>Einleitung</i> . . . . .	1

## 1. Teil

### Die Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland vor 1933

<b>1. Kapitel: Die Entwicklung der Grundprinzipien und die unterschiedliche Ausgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in den deutschen Ländern vor 1933 . . . . .</b>	<b>9</b>
I. <i>Justizstaat oder Administrativjustiz. Der ideengeschichtliche Hintergrund         der Entstehung der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .</i>	9
Die Diskussion vor 1866 und ihr historischer Hintergrund 9 – Die Bedeutung der Jahre 1848/49 und 1866/67 für die Durchsetzung des Gedankens einer besonderen Verwaltungsgerichtsbarkeit 14	
II. <i>Die Diskussion um die Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .</i>	16
Die Notwendigkeit der Erweiterung des Blickfeldes 16 – Otto Bähr 17 – Rudolf Gneist 19 – Otto Sarwey 21 – Otto Mayer 23	
III. <i>Die unterschiedliche Ausgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit         in den deutschen Ländern vor 1933 . . . . .</i>	24
Die Unterschiede in der Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit 25 – Die Unterschiede bei den Regelungen der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte 30 – Die Unterschiede bei der Ausgestaltung des Verfahrens vor den Verwaltungs- gerichten 37 – Die Bedeutung der Unterschiede der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Länder im Hinblick auf die Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts 39	
<b>2. Kapitel: Die Anfänge der Verwaltungsrechtspflege des Reiches und ihr Ausbau bis zum Jahre 1933 . . . . .</b>	<b>41</b>
I. <i>Die Beeinflussung der Verwaltungsrechtspflege der Länder durch das Reich –         Das Rekursverfahren nach der Gewerbeordnung . . . . .</i>	42

II. Die Anfänge einer Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches . . . . .	45
Das Bundesamt für das Heimatwesen (1870) 45 – Die Reichsrayonkommission (1871) 48 – Das verstärkte Reichseisenbahnamt (1873) 49 – Das Patentamt (1877) 50 – Das Oberseeamt (1877) 51 – Die Beschwerdekommission nach dem Sozialistengesetz (1878) 52 – Die Berufungskommission für die Kaliindustrie (1910) 52	
III. Die Verwaltungsrechtspflege des Reiches im Bereich des Versicherungs- und Versorgungswesens . . . . .	53
Das Reichsversicherungsamt (1884) 53 – Das Oberschiedsgericht für die Angestelltenversicherung (1911) 62 – Konzentration und Vereinfachung der Verwaltungsrechtspflege auf dem Gebiet der Sozialversicherung in der Weimarer Republik 63 – Das Reichsversorgungsgericht (1922) 66 – Das Aufsichtsamt für Privatversicherung (1901) 70	
IV. Der weitere Ausbau der Reichsverwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	71
Der Reichsfinanzhof (1918) 71 – Das Reichswirtschaftsgericht (1920) 81 – Das Kartellgericht (1923) 92	
V. Verwaltungsrechtspflege durch das Reichsgericht und durch den Bundesrat . . . .	97
Verwaltungsrechtspflege durch das Reichsgericht 97 – Der (Kaiserliche) Disziplinardienst (1873) 98 – Das Reichsbahngericht (1924) 99 – Verwaltungsrechtspflege des Bundesrates 101	
VI. Zusammenfassung: Einschätzung der Verwaltungsrechtspflege des Reiches . . .	102

## 2. Teil

### Die Diskussion um das Reichsverwaltungsgericht bis zum Jahre 1918 und der Kampf um seine Errichtung in der Weimarer Republik

3. Kapitel: Die Diskussion um das Reichsverwaltungsgericht bis zum Jahre 1918 . . . . .	107
I. Der verfassungsrechtliche Hintergrund der Diskussion um das Reichs- verwaltungsgericht im Kaiserreich . . . . .	107
II. Die ersten Stellungnahmen und der Vorschlag Karl Friedrichs' . . . . .	110
Die ersten Stellungnahmen im Reichstag und in der Literatur 110 – Die Diskussion anlässlich der Beratungen des Sozialistengesetzes 113 – Albert Haenel und die weiteren Stellungnahmen in den 1890er Jahren 115 – Der Vorschlag Karl Friedrichs' 117 – Weitere Stellungnahmen vor 1910 119	
III. Die Diskussion auf dem 30. Deutschen Juristentag 1910 in Danzig . . . . .	121
Das Gutachten von Schultzenstein aus dem Jahre 1908 121 – Die Gutachten von Thoma und Anschütz: Die Anerkennung des Bedürfnisses nach Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts 122 – Die Vorschläge zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts 125 – Die publizistische Begleitung: Laband und Schultzenstein 130 – Die Berichte von Vierhaus und Lukas und die Diskussion während des Juristentages 132	
IV. Die Alternative – Ein Gerichtshof für bindende Gesetzesauslegung . . . . .	137

<i>V. Der Weg zur Resolution des Reichstags vom 30. Mai 1913</i> . . . . .	140
Die Diskussion im Zusammenhang mit den Beratungen des Zuwachssteuergesetzes 140 – Der Antrag der Nationalliberalen aus dem Jahre 1912 140 – Der Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei aus dem Jahre 1913 142	
<i>VI. Die Vorarbeiten im Reichsamt des Innern</i> . . . . .	143
Die Denkschrift des Reichsamts des Innern vom August 1912 144 – Die Gegen Denkschrift des Präsidenten des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 25. Dezember 1912 147 – Die Stellungnahmen des Reichsgerichts vom Oktober 1914 154	
<i>VII. Weitere Stellungnahmen und Einschätzung</i> . . . . .	157
Stellungnahmen im Reichstag 158 – Stellungnahmen in der Literatur 159 – Einschätzung der Diskussion über das Reichsverwaltungsgericht vor 1918 160	
<b>4. Kapitel: Berlin oder Stuttgart? – Die Vorentwürfe eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht bis zum Gesetzentwurf vom Juli 1922</b> . . .	161
<i>I. Der verfassungsrechtliche Hintergrund und die Rolle des Reichsinnenministeriums im Kampf um das Reichsverwaltungsgericht während der Weimarer Republik</i> . . . . .	161
Entstehungsgeschichte und Auslegung des Artikel 107 Weimarer Reichsverfassung 162 – Das Reichsverwaltungsgericht nach der Weimarer Reichsverfassung 166 – Die handelnden Akteure im Reichsinnenministerium 169	
<i>II. Vom Vorentwurf bis zum vorläufigen Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht vom Juni 1921</i> . . . . .	172
Der Vorentwurf vom Dezember 1919 und der Gegenentwurf des Preußischen Staatskommissars für die Vorbereitung der Verwaltungsreform 172 – Die ersten Reaktionen der Länder 178 – Die Diskussion in der Literatur 183 – Die Haltung der Reichsregierung und der vorläufige Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht vom Juni 1921 184	
<i>III. Vom vorläufigen Entwurf zum Gesetzentwurf vom 15. Juli 1922</i> . . . . .	191
Die Stellungnahmen der Reichsressorts 192 – Die Haltung der Länder 193 – Die Diskussion des vorläufigen Entwurfs in der Literatur und der Streit um den Sitz des Reichsverwaltungsgerichts 205 – Der Weg zum Gesetzentwurf vom 15. Juli 1922 210	
<i>IV. Das Schicksal des Gesetzentwurfs vom Juli 1922</i> . . . . .	212
Die Haltung Preußens 212 – Die Haltung Bayerns 215 – Das Scheitern des Gesetzentwurfs im Reichsrat 217	
<b>5. Kapitel: Verwaltungssenate beim Reichsgericht – Der Gesetzentwurf vom März 1926</b> . . . . .	222
<i>I. Der neue Gedanke – Angliederung des Reichsverwaltungsgerichts an das Reichsgericht</i> . . . . .	222
Das Jahr 1923: Forderungen nach Verwirklichung des Artikel 107 Weimarer Reichsverfassung und personelle Veränderungen im Reichsministerium des Innern 222 – Verwaltungssenate beim Reichsgericht: Die Entstehung des neuen Gesetzentwurfs auf Reichsebene 226 – Die Reaktion der Länder 235	

II. Der preußische Gegenentwurf – Ein Spruchgericht zur Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Oberverwaltungsgerichten . . . .	236
Der preußische Vorstoß: Der Jesse-Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege und seine Bewertung durch die Reichsregierung 237 – Die Reaktion der Länder auf den preußischen Entwurf 243 – Die Haltung der Reichsregierung – Der Entwurf eines Gesetzes zur Wahrung der Rechtseinheit 244	
III. Die Erörterung in Wissenschaft und Literatur . . . . .	248
Die Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Leipzig 248 – Die vom Reichsministerium des Innern angeforderten Stellungnahmen aus der Wissenschaft 252 – Die Diskussion in der Literatur 258	
IV. Der Gesetzentwurf vom 9. März 1926 . . . . .	261
Die Haltung des Reichstags zum Reichsverwaltungsgericht 262 – Die Verabschiedung des Entwurfs im Reichskabinett 263 – Die Reaktionen in der Öffentlichkeit und die Diskussion des Entwurfs in der Literatur 266 – Die Stellungnahmen der Länder 269	
V. Der Druck der Reichsregierung auf die Länder und erste Anzeichen für die veränderte Haltung Preußens . . . . .	277
Der Vorstoß des Reichsministeriums des Innern 277 – Die Reaktion der Länder auf den Vorstoß des Reichsministeriums des Innern und die weiteren Verhandlungen zwischen Reich und Ländern 280 – Personelle Veränderungen im Reichsministerium des Innern und das Scheitern des Gesetzentwurfs 284	
6. Kapitel: Umbildung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts zum Reichsverwaltungsgericht – Der Gesetzentwurf vom August 1930 . . . .	287
I. Die Initiative des preußischen Innenministers und die grundsätzliche Einigung zwischen Reich und Preußen . . . . .	288
Die Wende in Preußen 289 – Die grundsätzliche Einigung zwischen Preußen und dem Reich 292	
II. Die Vorarbeiten auf Reichsebene und die Auseinandersetzung um die Generalklausel . . . . .	296
Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs durch das Reichsministerium des Innern und seine Diskussion auf Reichsebene 296 – Das Reichsverwaltungsgericht auf der Länderkonferenz vom Januar 1928 und im Reichstag 309 – Die weitere Entwicklung auf Reichsebene 312 – Der Beginn des Konflikts um den Staatsgerichtshof 315	
III. Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über den Gesetzentwurf und der Streit um die Begrenzung der Generalklausel . . . . .	318
Das neue politische Umfeld auf Reichsebene 319 – Die Reaktion Preußens auf den Gesetzentwurf 320 – Die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich 324 – Der Streit um die Begrenzung der Generalklausel auf Reichsebene 331 – Die Haltung Preußens 336	
IV. Der Streit um den Staatsgerichtshof und die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich . . . . .	340
Die Vorgeschichte: Der Streit um die Besetzung der Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft 341 – Der Streit über die Frage, ob der	

Staatsgerichtshof einstweilige Verfügungen erlassen darf 347 – Exkurs: Der Streit um die einstweilige Verfügung in der Literatur und seine Folgen 355 – Der Streit um die Organisation des Staatsgerichtshofs 357 – Die übrigen Streitpunkte und die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich 367

V. *Die Einbringung des Gesetzentwurfs im Reichsrat und sein Scheitern* . . . . . 371

Der Regierungswechsel vom März 1930 und die Einbringung des Gesetzentwurfs im Reichsrat 372 – Die Diskussion des Entwurfs in der Literatur 374 – Die Reaktion der Länder auf den Gesetzentwurf und die weiteren Verhandlungen zwischen Reich und Preußen 378 – Der Amoklauf des Reichsgerichts und das Scheitern des Gesetzentwurfs 386

*Zusammenfassung: Die Gründe für das Scheitern der Pläne zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts vor 1933* . . . . . 393

3. Teil

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches im Nationalsozialismus  
und die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts

7. Kapitel: Erosion statt Expansion – Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches im Nationalsozialismus . . . . . 399

*Vorbemerkung* . . . . . 399

I. *Die Diskussion über die Verwaltungsgerichtsbarkeit während der NS-Zeit* . . . 401

Die Diskussion über die Berechtigung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Spiegel der frühen Gesetzgebung des NS-Staates 401 – Die Forderungen nach Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts und die Pläne zu einer reichsrechtlichen Neugestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 414

II. *Neue Spruchbehörden der Verwaltungsrechtspflege des Reiches* . . . . . 421

Das Entschädigungsgericht (1935) 421 – Die oberste Spruchstelle für Umlegungen (1936) 423 – Die oberste Spruchstelle für Wasser- und Bodenverbände (1937) 424 – Der Reichsdienststrafhof (1937) 425

III. *Die Veränderungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches vor dem Krieg* . 429

Der Reichsfinanzhof 430 – Das Reichsversicherungsamt 433 – Das Reichsvorsorgungsgericht 435 – Reichswirtschaftsgericht und Kartellgericht 437

IV. *Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches im Kriege* . . . . . 440

Der „Führererlaß“ über die Vereinfachung der Verwaltung vom 28. August 1939 und seine Folgen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit 440 – Der Abbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches durch die Maßnahmen zur „Vereinfachung der Verwaltung“ seit Herbst 1939 444 – Die Diskussion über die Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach Inkrafttreten der Vereinfachungsmaßnahmen vom Herbst 1939 448

8. Kapitel: Die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts im Jahre 1941  
und die Pläne zur Umgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . . 451

<i>I. Die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts</i> . . . . .	452
Der Ausgangspunkt: Die Kriegssachschädenverordnung und das Reichskriegsschädenamt 452 – Die Vorarbeiten zur Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts und der „Führererlaß“ vom 3. April 1941 455 – Die Errichtung und Organisation des Reichsverwaltungsgerichts 461 – Die Präsidenten des Reichsverwaltungsgerichts 463 – Die personellen Veränderungen aus Anlaß der Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts 469 – Die Reaktionen auf die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts 476 – Die Gründe für die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts 481	
<i>II. Die Pläne zur weiteren Umgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und zum Ausbau des Reichsverwaltungsgerichts und ihr Scheitern</i> . . . . .	484
Die Vorschläge der sächsischen Verwaltungsrechtswahrer und die Reaktionen auf sie in der Literatur 485 – Die Bestrebungen des Reichsministeriums des Innern und ihr Scheitern 489 – Die Situation beim Reichsverwaltungsgericht 503 – Die Tätigkeit des Reichsverwaltungsgerichts im Spiegel der zeitgenössischen Literatur 504	
<i>Schlußbetrachtung: Die Bedeutung des Kampfes um ein Reichsverwaltungsgericht für die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland</i> . . . . .	508
<i>Anhang: Die Zuständigkeitsregelungen der Gesetzentwürfe zum Reichsverwaltungsgericht</i> . . . . .	511
<i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i> . . . . .	535
<i>Personenregister</i> . . . . .	572
<i>Sachregister</i> . . . . .	581